

Begreifen also dürfte diese sozialistischen Arbeiter, die wir als Klassenbrüder, als morgige Brüder im Kampfe gegen die imperialistischen Kriege ansehen.

Die Annäherung zwischen den Gewerkschaften der Sowjetunion und Großbritannien ist die größte Hoffnung des internationalen Proletariats. Am Horizont zeichnet sich die Möglichkeit einer wirklichen Vereinigung der breitesten Arbeitermassen von ganz Europa, in erster Reihe zum Kampfe gegen die heranabenden neuen Kriege.

Die sich vor unseren Augen abspielenden großen Ereignisse in China zeigen der Vorhut des europäischen Proletariats anschaulich, welche gewaltigen Reformen wir im Osten haben. Wie feinerzeit die russische Revolution des Jahres 1905 den größten revolutionären Einfluß auf die Türkei, Persien und China ausübte, so wird übertrifft die jetzige große Bewegung in China ohne Zweifel gewaltigen Einfluß auf Indochina, Indien und Uru. ausüben.

Das Gleiche wird schließlich auch in Mexiko eintreten, dem in der letzten Zeit mit besonderem Eifer die imperialistische Bourgeoisie der Vereinigten Staaten „aufsetzt“. Und das Gleiche wird — soweit es sich um die wertigsten Massen handelt — in den englischen Domains der Fall werden.

Die Kommunistische Internationale, sagt Lenin in einer seiner Reden im November 1920, „hat für die Folge des Ostens folgende Lösung ausgedacht: Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!“ Die jetzt vor unseren Augen stattfindenden Ereignisse in China und Marokko machen jetzt diese Lösung zur aktiven und erfüllen sie mit Fleisch und Blut.

Der rührende, schäumende Satz gegen die Kommunistische Internationale, die unaufrichtige Kampagne gegen die Kommunistische Internationale im Weltkongress, all dies erklärt sich daraus, daß die Kommunistische Internationale zum Leuchtstadium der sozialistischen Weltanschauung wurde. Der Kampf um die Kommunistische Internationale nimmt deshalb jetzt eine besonders tiefe Bedeutung für alle vorgeschrittenen Abteilungen der Arbeiterklasse an, darunter auch für die Arbeiterklasse der Sowjetunion.

Die Epoche von Kriegen und Revolutionen dauert an, wobei sie sich vor unseren Augen in eine Epoche imperialistischer Kriege und der sozialistischen Revolution vermindert. Von Wand zu Wand, von einem Lande zum anderen, von einem Festlande zum anderen müssen wir Kommunisten es verstehen, über die ganze Welt die große Lösung zu tragen: „Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt Euch!“

Neue Schikanen gegen Max Höls

(Ein Prohibit, Brest-Lit., 13. Juli.)

Schamlos wird am 26. Juni Max Höls in die Zuchthauszelle gesperrt. Ein Tage lang lag Max Höls in dieser Zuchthauszelle. Als er sie verließ, war er auffällig mitgenommen und abgemagert. Man hat ihm alles entzogen, sogar die laubere Wäsche, überhaupt alle Bräutlichkeit und Schikanen angewandt, um ihn kleinzutreiben. Jetzt wurde Max Höls aus der Zuchthauszelle in die Arrestzelle gesperrt, die ihm 14 Tage Zuchthaus zubüßen worden waren. Aber nach sieben bis acht Tagen Höls nicht gefesselt, obwohl er nun seit Wochen seinen Speisegang gehabt hat und der Zuchthauszelle von jedem Verkehre abgeschlossen war, führt er seinen Zuchthauskämpfe weiter.

Das Reichsbanner als Klassenkämpfer

Einbildung macht stark

In Wandenburg a. d. Elbe fand am Sonntag eine Fahnentweihung und Kundgebung des Reichsbanners statt. Dabei hielt der sozialistische Reichstagsabgeordnete Professor Bergsträßer eine Rede, über die das „Berliner Tageblatt“ berichtet:

„Dann meinte Professor Bergsträßer das Banner und übergab es dem Geworbenen der Dringruppe Wandenburg mit dem Wunsch, es solle die Höls nicht gefesselt, obwohl er nun seit Wochen seinen Speisegang gehabt hat und der Zuchthauszelle von jedem Verkehre abgeschlossen war, führt er seinen Zuchthauskämpfe weiter.“

„Darauf ist das sozialdemokratische „Sächsisches Volksblatt“ föhlich erkrankt und verortet folgenden Uninn: „Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsbanners suchen im Reichsbanner einen ganz „anderen Grundgedanken“. Sie wissen, daß im Zeitalter der Klassenkämpfe nicht mit der Phrase von der Klassenverbündung, sondern nur durch den Klassenkampf des Proletariats die Arbeiter der arbeitenden Klasse gebildet und die Republik gefördert wird.“

Im Reichsbanner sind bekanntlich Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten brüderlich vereint. Das muß ein leistungsfähiger Klassenkampf sein, den die sozialdemokratischen Arbeiter da im Bunde mit Klerikern, Zöglern, Siemens, den katholischen Agrar-Industriellen und den demokratischen Bankiers und Börseleuten führen. Mit Verlaß, „Sächsisches Volksblatt“ gegen uns führte denn das Reichsbanner bisher den Klassenkampf? Gegen Sinnes oder gegen das Proletariat?

Abenteuer einer Dame

1 Von Marietta Schaginin

Uebersetzung aus dem Russischen von Maria Einfein. Copyright by Der Markt-Verlag, Berlin 1924. Alle Rechte, besonders das des Nachdrucks, vorbehalten.

Erstes Kapitel.

Man erzählt, Tante Alia hätte im Auslande ihre Memoiren über den Grafen Coco erscheinen lassen. Was mich anbelangt, so habe ich nicht die Abicht, Memoiren zu schreiben, obwohl mein Leben in den letzten fünf Jahren als Stoff für eine phantastische Ballade-Erzählung dienen könnte. Aber mich quält der Gedanke, daß mein Mann Valentin Gergewitsch noch immer lebt (vielleicht sich zu den Lebenden zählt, die gewisse Eigenschaften zu „pflegen“) und bis zu einem gewissen Grade auch mit meiner Erzählung rechnet. Ich möchte gewiss, daß diese Beschuldigung völlig unbegründet ist.

Argumente sind hier überflüssig. Statt ihrer möchte ich eine Reihe von Tatsachen niederlegen, die beweisen, daß ich vollständig und unabwehrlich aufgehört habe, für ihn zu existieren. Als der Krieg ausbrach, verbrachten wir den Sommer auf dem Landgut eines österreichischen Diplomaten. fünf meiner Koffer mußten wir in Österreich im Stich lassen; mit den vier übriggebliebenen gelang es uns, nach der Schweiz durchzukommen. Im Falle dieses Band der Spätsommerzeit. Als unter Ausstellungenkomitee beschlossen hatte, keine einzige Schweizer Firma zu unserer Ausstellung zuzulassen, hatte ich meinerseits mit geschworen, niemals mehr ein Stück Schweizer Schokolade in den Mund zu nehmen. Aber um diese Zeit war Zürich ein ziemlich angenehmer Aufenthaltsort. Die Winterferien begannen gerade. Das bedeutete, daß die Frische der Luft süßlich und erquickend wurde. Die Wäntungen war Zürich von Gemüse und Obst überflutet; aus all den kleinen Gäßchen und den steinernen „Alkoholfest“ Spielplätzen drang der Geruch von gedörrtem Kaktus. Fast alle Hotels waren mit Ausländern überfüllt. Man zog sich sogar um private möblierte Zimmer. Da wir spät angekommen waren,

Ein neuer Betrug des Herrn Hergt

Die nationalen Heloten müssen ihre Unterwerfungspolitik verlernen

Der deutsch-nationale Abgeordnete Hergt hat am 10. Juli seine „große Rede“ zum Aufwertungsgesetz gehalten, die ihm allgemein ein „Meisterstück der Entstellung, eine Strobenleistung der Beredung“ bezeichnet hat und die Millionen von schamlos ausgeplünderten und „geheimlich“ betrogenen Inflationsopfer in Höf und Erbitterung und ewiges Groll verurteilt wird.

In dieser Rede hat Herr Hergt, als offizielles Mitglied der Deutsch-nationalen Volkspartei, die folgenden Aussagen gemacht: Der nationaler Frage (Sicherheitspat, Entwertungsnote usw.) verurteilt und erklärt:

Die Deutschnationalen hätten zwar nicht gegen die Aufwertungsfrage aus der Regierungskoalition aussteigen können, sie seien dafür aber bereit, in den großen nationalen Fragen gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen.

Am selben Abend sprach er über diese Regierung Vorkühnheit-Straußens-Schleiers. „Diese Regierung ist unsere Zukunftsfürsorge, sie ist die Aufwertungsregierung.“

Nun ist soweit gekommen, daß für die ersten Millionen der Aufwertungsopfer die Regierung der Schwertpatente, Großgrundbesitzer und Verleumdungen keine Zukunftspflanzung, keine Aufbauregierung mehr ist. Wir Kommunisten haben, wie immer, Recht behalten.

Was er jetzt nun aber der Hergt im Namen der deutsch-nationalen Geschäftspartien? Von den Millionen Aufwertungsopfern, die bei der Hindenburg-Wahl als „Möhr“ ihre „Schuldigkeit“ taten und nun vor die Hunde gehen können, merdet er sich mit einigen Phrasen ab und will die übrigen Millionen seiner Leute zufriedustellen, die bei der Hindenburg-Wahl ihre „nationale Schuldigkeit“ gegen zu haben glauben. Denn erklärt dieser deutsch-nationale Führer: wegen der lumpigen Aufwertung konnten wir nicht aus der Regierung austreten, aber in den großen nationalen Fragen werden wir das — „gegebenenfalls“ — nachhaken.

Wir Kommunisten erklären dazu sofort: das ist genau derselbe Schwindel! Die deutsch-nationale „Erziehung“ mit dem Regierungsaustritt ist so verlogen wie jedes große Wort jeder Gauner. Sie werden es „gegebenenfalls“ jede Woge in jeder Frage genau so machen wie bei der Hindenburg-Wahl.

In der Frage der politischen und militärischen Verschönerung des deutschen Volkes an den Räuberband der Weimarer (Sicherheitspat, Entwertungsnote, Vorkühnheit) haben sie tatsächlich bereits einen Haß mit der lächerlichstüchtigen Volkspartei geschlossen, nur aus Furcht vor den rebellierenden Massen hinter ihrer Seite nicht mit diesen Haß mit einer feinsten Schicht des niedrigen und niedrigen Mannes verbunden; außerdem streiten sie sich natürlich noch um die Höhe des Kaufpreises mit den Industriekongressen herum.

„Gegebenenfalls“, d. h. wenns an den Mann geht, werden sie, genau wie die Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrumler und Volksparteier der Sicherheitspat, den Eintritt in den Vorkühnheit, die Entwertungsforderung durchzuführen zu haarklein erfüllen. Hindenburg aber macht genau, was die Deutschnationalen machen oder er läßt es alles schweigend geschehen, was auf dessen hinauskommt.

Die Deutschnationalen bleiben in der Regierung, die Deutschen verkaufen sich. Und jetzt, ob wir Kommunisten nicht auch diesmal wieder Recht behalten. Die Erfahrung wird es beweisen.

Der Aufwertungsbeitrag vor dem Reichstag

In der Freitagssitzung waren die Genossen Pfeiffer und Hedert, die am Vormittag entlassen wurden, erschienen. Auf ihren Plätzen lagen Blätter zoter Nellen. Sie wurden von unseren Genossen föhlich begrüßt. Der erste Punkt der Tagesordnung, das Gesetz über das Tragen einer Militäruniform, wurde abgelehnt. Die Wöhlischen schüchternen Körn, setzen aber selbst die ihren deutsch-nationalen Freunde keine Verurteilung.

Dann wurde in die zweite Lesung der Aufwertungsfrage eingetreten. Als erster sprach der Sozialdemokrat Reil, der gegen die Deutschnationalen weiter. Nach ihm sprach Hergt (Deutschl.). Er erklärte aus: Die Aufwertungsfrage liegt und fällt mit den Deutschnationalen. Ohne Deutschnationalen gäbe es heute überhaupt keine Aufwertung. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Hergt und sprach gebracht. Jetzt wird etwas gesagt. Das wird dem Volk imponieren, denn letzten Endes hat das Volk immer Hochachtung vor dem, der etwas durchsetzt. Alle Regierungen vorher haben an dieser Frage herumgeplaudert, jetzt ist zum erstenmal eine Regierung da, in der wir Deutschnationalen sitzen. Welcher Gläubiger denkt denn heute noch an 100 Prozent Aufwertung? Aber objektiv ist, was schließlich, daß er längst nicht mehr mit dem gerechnet hat, was ihm jetzt und die neue Regierung geben. Seine Partei habe föhlich aus Verständnis für die kleinen Kettner. Die Wirtschaft hätte darunter gelitten, wenn die Interessen der Gläubiger zur Geltung gekommen wären. Er schäufert dann die große Art der Großindustriellen und Großkapitalisten vor. Man denke nur an die großen Banken. Die Behauptung, die Deutschnationalen seien für eine hundertprozentige Aufwertung eingetreten, ist Wahnsinn. Eine Versteuerung der Inflationsgewinne könne bei der Belohnung der Wirtschaft nicht herbeigeföhrt werden. Weiter machte er die Regierung dafür verantwortlich, daß nicht mehr herausgekommen ist.

Für die Kommunisten hat Herr Hergt die Rede zum Aufwertungsbeitrag gemacht. Dem Reichstagsabgeordneten erklärte er, daß die

Deutsch-nationale Volkspartei während des Wahlkampfes in Flugblättern und Reden mit genau derselben Schärfe gegen den damaligen Reichsfinanzminister Dr. Baueher angekämpft hätte. (Sehr richtig! v. h. Komm. und Co.) Genosse Hergt verlor dann aus einem Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei, das diese während der Wahl zu Bundesparlamenten unter drei Aufwertungsinteressen verteilt hatte. Auf diesem Flugblatt wurde durch eine wöhlische deutsch-nationale Hand den Aufwertungsopfern Geldscheine bargereicht, auf denen das Wort „königlich“ zu lesen ist, und darunter steht mit fetter Schrift: „Wir bringen zur Aufwertung“. Dann wird die föhliche Aufhebung der letzten Steuerordnung, alsbaldige Annahme des Zinsentlasses auch bei Preisen, haben wir geföhrt, es wird von der beständigten Steuerordnungsordnung des Finanzministers Dr. Baueher, der alles bis zu 85 Prozent konfiszieren, geschrieben und Luther auf das schärfste angegriffen. Der deutsch-nationale Wähler, der unserer Fraktion mit vollem Namen und Adresse dieses Flugblatt überlieferte, hat darunter geschrieben: „Politische Lumpen. Politische Freibeuter. Ein deutsch-nationaler Spracher.“

Wir haben im Ausschuß Änderungsanträge zu den vorliegenden Gesetzen gestellt, um den ärmlen der Armen zu helfen. Aber unsere Anträge wurden von allen Parteien, meist auch mit Unterstützung der Sozialdemokraten abgelehnt. Wir fordern in unseren Anträgen eine progressive, konfiszatorische Inflationssteuer, die das Geld da nimmt, wo es auf Kosten der Inflationsopfer erhoben worden ist. Man gibt den Inflationsopfern einige Groschen, aber man nimmt sie nicht von den Milliarden der Inflationsgewinner, sondern die Kosten dieser betrügerlichen Aufwertung sollen die Massen des wertigen Volkes durch erhöhte Steuern, durch Währungsnoten und Zölle tragen. Wir fordern einen Antrags, um den verarmten Anflugscheinern eine nennenswerte Hilfe zuteil werden zu lassen, einen „Inflationsfonds“ von 5000 Millionen Mark durch eine Vermögensumschichtung und Erhaltungsteuer zu bilden, um die notwendigen Bedürfnisse der verarmten Kriegsanleihebesitzer und Mietscheinebesitzer zu befriedigen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Mit dem Aufwertungsbeitrag, der jetzt hier durchgeföhrt wird, wird den ärmlen der Armen nicht geholfen. Diese Millionen Weimarer, die Sie betrogen und vor Ihren Wählern geknallt haben und weiter zu Ihren Zoffarten kommen wollen, sind eine bittere Reue der Großbourgeoisie geworden. Wenn die hungerten Inflationsopfer nicht zugrunde gehen wollen, müssen sie gemeinsam mit den Arbeitern den kapitalistischen Ausplündererhaß stützen.

Die „nationalen“ Parteien arbeiten für die Entente

Die Bier- und Tabaksteuer gehört zu denjenigen Steuern, die in den Fonds der verarmten Einnahmen fließen. Sie sind ein Faktor für die Berechnung des logenannten Wohlstandsindex nach dem die Zahlungsverpflichtungen an die Reparationskommission berechnet werden.

Die Erhöhung dieser Steuern bedeutet, daß noch mehr aus dem deutschen Volke für die Kosten der Reparationskommission herausgepumpt werden soll.

Das gibt auch die Regierung in einer Denkschrift zu. Nach durch die Zollkategorie und durch die neue Erhöhung der Zölle werden automatisch die Reparationsleistungen gehoben. Man redet von der Not der deutschen Wirtschaft, aber gleichzeitig will man neue Millionen für die Kosten der ententeischen Räuber heraus. 100 Millionen allein werden in den nächsten zwei Jahren aus der Bier- und Tabaksteuer an die Entente fließen. Es gibt keine Regierung, die besser für die Reparationskommission sorgt, wie die jetzige.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Halle

Gemäß ihrer geföhnten Bestimmung vom 9. Juli d. J. hat die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitergewerkschaften der Provinz Sachsen und Anhalt, weil die Bauarbeiter in Bezug den Streit gar nicht lösen konnten, die Arbeit im ganzen Bezirk angeordnet. Die Arbeit soll heute, Montag, wirksam werden. Alle erst. von der Auslieferung betroffenen Mitglieder des Baugewerksbundes melden sich unter Vorlegung des Mitgliedsbuches am Dienstag, dem 14. Juli, vormittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1 a.

Die Ortsverwaltung.

Der Haarpat abgehöhnt

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind hauptsächlich zunächst daran gescheitert, daß über die Einfuhr französischer Textilien und Weine nach Deutschland einerseits, deutscher Chemikalien und Eisenfertigwaren nach Frankreich andererseits keine Einigung erzielt werden konnte. Das war den deutschen und französischen Schweißindustriellen, die, wie wir schon gesehen haben, sich ihrer „nationalen“ Festigung im heimischen Inland zu unterziehen, befallen sie sich, das eigene Schicksal ins Trockene zu bringen. So kam es, daß am Sonnabend von den beiden Handelsdelegationen ein Sonderabkommen über die Behandlung des Saugabiebs abgeschlossen wurde. Die deutsche Schweißindustrie hat also glücklicherweise ihren Streit gerettet und wird föhlich in großem Maße von der Fertigindustrie zu Berührung, ein wenig vom Raub abzuziehen. Es lebe der „Schutz der nationalen Arbeit!“

mühten wir uns mit einer ziemlich bescheidenen Pension begnügen, schließlich aus dem bürgerlichen Mittelstande zu werden, wozu wir nicht wollten. Valentin schloß natürlich mit niemandem Partnerschaft, und ich langweilte mich; ich kam darum mit drei jungen Damen, die zum Zwecke des Sprachstudiums reisten, näher zusammen. Wir liefen gemeinsam in Zürich herum, und die eine von ihnen, die unermüdbliche, lehrte mich, das Fremdtrollen durch eine unbekannte Stadt Höls zu finden.

„Sagen Sie“, sagte ich, „einmal in irgendeinem Vorort inoffen, hat denn jede Stadt ihr eigenes Gesicht? Die eine kommt Ihnen all, die andere jugendlich vor, die eine hat etwas Weibliches, die andere etwas Greisenhaftes an sich. Zürich erinnert an einen interessanten Mann von etwa vierzig Jahren, der eine Gesellschaft zu unterhalten versteht, zugleich aber seine Geheimnisse niemals ausplaudert. Zürich ist voll von vorzogenen, innerlichen Erlebnissen. Ist dies denn nicht ein Erlebnis, dem kein Besucher etwas abnutzt? Mit diesen Worten führte sie mich zu einer Reihe, sich windende, schattige und ungemächlich molerisch anmutende Straße, in der fast ausschließlich Cottages aus rotem und grauem, massigem Steine standen; die entzündende englische Architektur, in der sie gebaut waren, ist heute vielleicht die einzige in der Welt, die ihren Stil hat. Die Straße lag versteckt auf einem der Hügel dieser bergigen Stadt. Mit jedem Schritt überlieferte sie uns neue und so wunderbare Ansichten. So erstlich ist es mit meiner Freundin das Gesicht der Stadt, in dem ich jedesmal einen neuen Ausdruck fand. Aber auch abgesehen von dem allem waren meine Spätsprünge sehr inadaptiert. Felicitaria Wollfjerna kannte und liebte die Kunst, daß viel gelassen und verstand mit Frauen zu sprechen. Das ist eine seltene Gabe. Wir verstehen es nicht, uns miteinander zu unterhalten; ebenso wenig wie wir es verstehen, für uns allein einen Tisch festlich zu schmücken. Die festliche Stimmung, die für den Haß berechnung ist, haben die Frau, ebenfalls der Frau, unter der Reihe, ist dieser Gott heit der Mann. Ich denke viele Tage, legt gebildete Frauen, die ich gegenwärtig weder ihren Verstand, noch ihre Kenntnisse vertragen. Aber jede von ihnen wird in Gesellschaft eines Mannes eine Madame de Staël.

Deshalb rechnete ich meiner Freundin ein Häßigkeit, empf mit mir zu sprechen, als einen großen Vorzug an. Nicht umsonst da-

tere ist meine ungemüßlichen Abenteuer von dem Tage unserer Bekanntschaft an. Einmal gerieten wir zufällig in eine der breiten Straßen der Altstadt, die zum Bahnhof führte. Es war Mittag, Troßdem es Spätherbst war, brannte die Sonne unerträglich, und dieser einzige heiße und winstliche Tag unter einer langen Reihe von Regentagen erinnerte an eine Fliege, die mitten im Dezember erwachte. Wir waren vom Gehen und von der Sonne so müde, daß wir in ein offenes Café gingen und kaltes Wasser verlangten. Der Götter entzogen wir, aber wir noch ein Monade zu bekommen. Dem Café gegenüber befanden sich die Hörsig ablaufenden, halbrunden Hügel einer großen Steinbrücke, die zu dem niedriger gelegenen Stadteil führte. Diese Hügel überdeckte ein großer, altreifer Baum. Links und rechts standen von Gärten umgebene Häuser, die an hübsche Ködchen oder an Vollkorn-Nippelgüßelchen erinnerten.

„Man spricht vom Tode der Architektur, man sagt, unserem Jahrhundert fehle ein architektonisches Gefühl. Es ist wahr, daß die patentierten Kräfteketten unter den Arbeitern und überhaupt die Verhältnisse eine Manie für das Alte haben. Die klassischen Gebäude treten die Renaissance in den Schmutz, öffentliche Gebäude treiben Unfug mit Empire; eine ungenügende schlechter Handwerker bereiten aus diesen zwei Eilen ein Kapout, versehen es mit Medaillons, geben dem Ganzen eine banale Prätentivität, unter der frontal Verwirrung irgend etwas höchst Unvollständiges und beschämendes, wie aufgeschüttete Geschmacklosheit, in moderner Stil. Das alles ist aber für unsere Zeit gar nicht charakteristisch. Gehen Sie sich amerikanische Städte an, alle neuen europäischen Viertel! Wenden Sie in die blühenden Däfen hinein, die jetzt unter dem Namen „Flower City“ (Gartenstädte) überall entstehen, machen Sie eine Reihe durch die englische Provinz, und Sie werden dann begreifen, worin die architektonischen Ideen unserer Jahrhunderts bestehen. Es ist ganz gewiss, mir gehen dem Innigen entgegen.“

„Aber die Entwicklung der Malweise, die Sucht nach Monumentalität!“ verurteilte ich zu erwidern und mußte aber mich selber räumen: Wie brachte es mein jahraus, jahrein an denselben Vorwurf von Worten gewöhnliches Mänschen fertig, so abseits liegende Worte herorzubringen!

(Schluß folgt)

Der große Pariser Arbeiterkongress

Die A.P.Z. gewinnt die Massen

Paris. 1210 000 Arbeiter des Pariser Bezirkes waren durch 2470 Delegierte auf dem Pariser Arbeiterkongress vertreten, der vom revolutionären Aktionskomitee gegen den imperialistischen Marokko-Krieg einberufen, den Stuttgart selbst zu delegierten Klängen der geeinigten Arbeiterklasse. Die Initiative zu diesem Kongress ging von der kommunistischen Partei und den roten Gewerkschaften aus. Aber schon die Zusammenlegung des Kongresses zeigt, daß es den Kommunisten gelungen ist, jetzt breite Kreise der sozialdemokratischen, reformistischen organisierten und parteilosen Arbeiterklasse in die einheitliche Kampffront einzubeziehen. Von den 2470 Delegierten waren 593 Kommunisten, 1033 rote Gewerkschaftler, 195 Delegierte von reformistischen Gewerkschaftsgruppen, 155 sozialdemokratische Arbeiter, 208 Sympathisierende, 261 Parteiloze und 82 Vertreter selbständiger Organisationen, „autonomes“ Gewerkschaftsgruppen.

Weniger der A.P.Z. und der A.P.Z. haben diesen Begrüßungsprogramm ein. Die belgische Arbeiterklasse ist nur durch eine Delegation vertreten, der auch reformistische Verbände angehören. Von den Rednern sind hervorzuheben: Barbusse, Doriot, Treint, Renaud Jean, Cahin, Suzanne Girault und Villain-Contier. Das vom Kongress eingeleitete erweiterte Aktionskomitee besteht aus 123 Mitgliedern, von denen 100 Pariser Delegierte sind. Es hat die Aufgabe, die Arbeiter des Pariser Bezirkes zu organisieren, die Arbeiter der bedeutendsten Arbeitergruppen der Provinz in diesem Kongress, so Delegierte der Bergarbeiter des Bezirkes Douai-Auzin, Vertreter von 11 000 Arbeitern (in der Mehrzahl sozialdemokratisch) von Lens, Aktionskomitee gegen den Marokko-Krieg von Lyon, Saint-Aubin, Elberfeld, Rouen usw.

Der Verlauf des Kongresses und die angenommenen Beschlüsse zeigten von einmütigen Willen großer Arbeitermassen, den imperialistischen Krieg mit allen Mitteln unter der revolutionären Führung der Kommunisten zu bekämpfen. Der ungeheure Erfolg dieser Tagung ist um so erfreulicher, weil er zeigt, daß sich breite Arbeitermassen von der imperialistischen Haltung der Sozialdemokratie nicht mehr mitreißen lassen. Es ist bekannt und wurde durch zahlreiche Parlamentsreden und Abkündigungen, aber auch durch die letzten Beschlüsse der zweiten Internationale dokumentiert, daß die offizielle französische Sozialdemokratie zusammen mit der zweiten Internationale den imperialistischen Marokkofeldzug unterstützen und verfolgen, die französische Arbeiterklasse, wie 1914, vor den imperialistischen Kriegen zu können die Haltung der zweiten Internationale, die diesen Feldzug führt und billigen ihre Verfolgungsmassnahmen gegen alle Kriegsgegner. Nun gehören aber zu diesen Kriegsgegnern nicht nur die Kommunisten und die roten Gewerkschaftler, sondern auch sehr große Teile der sozialdemokratischen und reformistischen organisierten Arbeiterklasse zusammen mit breiten unorganisierten Massen der Arbeiter, Beamten, Kleinbauern, Intelligenzler und kleinen Eigentümern.

Ein solch glänzender Erfolg der kommunistischen Aufführungs- und Organisationsarbeit muß auf jeden deutschen Kommunisten anspornend wirken: Wir nähern uns dem Jahrestag des Kriegsausbruchs, dem Jahrestag des schändlichen Verrats der Sozialdemokratie. Wir nähern uns aber auch neuen wilden Kriegen. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse aufzuräumen, sie trotz der sozialdemokratischen Verleumdungen für den Imperialismus in eine mächtige einheitliche Kampffront zu vereinigen, die sich zusammenzuschließen. Deutsche Arbeiter! Reicht Euch in diese Front ein, folgt dem Beispiel unserer französischen Klassenbrüder. Der französische Imperialismus kann es schon heute nicht mehr wagen, gegen 14 Millionen Klassenbewußten Pariser Arbeiter einen „regelmäßigen“ Krieg vom Jahre zu führen. Die Abhaltung der französischen Arbeiter macht aber möglich, kommt eine offene Phase der deutschen Arbeiterklasse hinzu, werden sich die Millionen Arbeiter und französischer Arbeiter in brüderlicher Solidarität die Hände, dann müssen die Kriegsmassnahmen der Imperialisten und ihrer sozialdemokratischen Helfer zunächst werden. Jeder deutsche Arbeiter, der das imperialistische Weltgemisch verabscheut, reißt sich in unsere Front ein, hilft mit der feilen Wauer zu können, deren erster mächtiger Vertreter durch die Klassenbewußten Arbeiter des roten Paris gebildet wurde. Es lebe die Einheitsfront der französischen Klassenbrüder gegen den imperialistischen Krieg! Es lebe die internationale Solidarität der deutschen und französischen Arbeiterklasse! Nieder mit dem imperialistischen Krieg!

Französische und belgische reformistische Gewerkschafter über Sowjet-Rußland

Gegenwärtig befindet sich eine französische und belgische Delegation reformistischer Gewerkschaften in Sowjet-Rußland, um die Lebensbedingungen und revolutionären Erregungszustände der russischen Arbeiter zu studieren. Sie besuchen auch die Stadt Armauir im Nordkaukasus, wo sie der Presse folgende schriftliche Erklärung zujellen:

„Wir stellen fest, daß die organisierten Arbeiter Sowjet-Rußlands wirklich selber die Herren über ihr Geschick sind, und wir können auch nicht im geringsten an der Dauerhaftigkeit des Sowjet-Systems zweifeln.“

Die Einheit der Arbeiterklasse mit den Bauern in Rußland ist für uns ein Vorbild, das uns anspornt, unsere Anstrengungen um die internationale Einheitsfront der Gewerkschaften zu verdoppeln. Denn nur die Einigkeit gibt dem Proletariat die Kraft, sich erfolgreich der Angriffe des Weltkapitals zu erwehren. Gemeinsam werden wir mit unseren Genossen von der „linken“ Unterdrückung kämpfen um

die Einheitsfront der Proletarier der ganzen Welt zu verwirklichen.“

Die belgischen Arbeiter erklärten sich als glühende Anhänger der nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Einheitsfront.

„Im Donetschbasin leisteten sie die gigantischen Anstrengungen zur Hebung der Produktion“ fest, an denen die Arbeiter alle mit gegenseitiger Hingabe einträchtig teilnahmen, erfüllt von einem unerschütterlichen Glauben und die proletarische Zukunft und das Kommen der Weltrevolution zu erwarten.“ „Ein wahres Hausbauwerk herrscht in diesem Gebiet, Arbeiterstädte entstehen, aus reitenden Häusern in schönem Stein, überall moderne Schulen, Spitäler, Kinderkrippen, Versammlungsräume, Parks zur Erholung usw.“

„Hier wird buchstäblich und wirklich eine neue Welt aufgebaut.“

Als die Delegierten bei Kozlow am Don durch die weiten, wehenden Getreidefelder führten, sahen sie Rußlands Fruchtbarkeit. Die Arbeiter von Kozlow beteiligten die Zeremonien, die von den Wrangelbanditen im Golde Wladimiras verübt worden waren. Die Franzosen und Belgier werden überall von begeisterten Arbeitermassen empfangen. Es fällt ihnen auf, wie klare, bestimmte Forderungen die russischen Genossen stellen, die über die internationalen Beziehungen unterrichtet sind und ein wohlüberlegtes Interesse beweisen.

Auf einem großen internationalen Meeting, an dem 55 000 Gewerkschafter von Kozlow teilnahmen, sprachen Mitglieder der Delegation, ein Franzose und ein Belgier, für die gewerkschaftliche Einheitsfront.

„Die loschenden und stolzen Geister der russischen Arbeiter bezaubern, daß trotz aller Schwierigkeiten die materielle Lage des Proletariats gut ist“, sagte der Typograph Golenow aus Wodzow.

Der Zollwucher in den Ausschüssen

Zusammenbrechen der Argumente der Zollwucherer

Neues Material gegen die Zollpläne

Auch in der Freitagsagung der Enquete-Kommission des Reichstags wurde neues Material zu Tage gefördert, durch welches die verheerenden Folgen der Zollpläne der Bauerngehilfe erhöht werden. In der Vermittlungsbühne betonte der Präsident des Reichstags, Dr. Wagemann, über die Gründung der Handelskammern, indem er es als einfacher Bürger ablehne, aus seinen Angaben Schlüssefolgerungen in Bezug auf die Auswirkung der Zölle auf die Handelsbilanz zu geben, sprach er dann von ihm angeführten Zahlen mit aller Deutlichkeit gegen die Zollpläne. Er stellte fest, daß mit dem Steigen der Preise eine wachsende Kapitalflucht der Handelsbilanz parallel gehe. Das sei auch in der Vorlesung zu sehen. Bis der Ballwider der Handelsbilanz überhaupt brauche man keine übermäßigen Befürchtungen haben. Gewöhnlich würde das nur, wenn die Kapitalflucht übermäßig ansteige. Daß in den Zeiten der Inflation, als die Kapitalflucht und der Ausstrom Deutschlands einsetzte, die Handelsbilanz aktiv gesehe, sei, zeige den Grad unserer wirtschaftlichen Zerrüttung an. Die Zusammenlegung der politischen Handelsbilanz sei das bedenkliche. Gegenüber der Vorlesung habe sich das Verhältnis zu den überseeischen Ländern, das immer passiv war, da wir von dort die Hälfte bezogen, nicht geändert. Wir den überseeischen Ländern sei eine besondere Handelsbilanz nicht möglich. Derzeit hat sich das Verhältnis zu den europäischen Ländern grundlegend geändert. Hier war unsere Handelsbilanz aktiv, denn wir exportierten Fertigfabrikate. Heute aber ist es so, daß wir mehr Fertigfabrikate importieren wie exportieren. Das trifft nicht nur auf industrielle, sondern auch auf landwirtschaftliche Fertigfabrikate zu. Der Export landwirtschaftlicher Rohstoffe ist dagegen zurückgegangen. Das ist ein Zeichen der Zerrüttung der Industrie und der Landwirtschaft. In der Vorlesung exportierten wir Rohstoffe und Textilien; heute führen wir mit mehr ein. Ebenfalls ist ein harter Rückgang der Ausfuhr von Eisen zu verzeichnen. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Fertigfabrikate bis vor dem Jahre 400 bis 500 Millionen Mark betrug ist auf 900 Millionen Mark gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln ist ungeheuerlich. Weiter ist gegenüber der Vorlesung ein Import von Weizen zu verzeichnen, während wir früher exportierten. Ebenfalls ist der Export von Zucker stark zurückgegangen.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die deutschen industriellen Exporte heute nicht die Hälfte der deutschen Kapitalflucht heute decken und daß sie der industriellen Konkurrenz des Auslandes nicht standhalten können. Durch die Zölle sollen diese Breite im Lande noch eingeebnet werden. Durch die landwirtschaftlichen Zölle aber soll die kleine Gruppe von Fleisch und Feizen sowie von Getreide abgedrückt werden.

Dr. Wagemann erklärte dann noch, daß die Zerrüttung der Industrie und Landwirtschaft nötiger denn je sei. Durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktionsindustrie, müßte die letzte Einfuhr von landwirtschaftlichen Fertigfabrikaten verringert werden.

Diese Tatsache verleiht Dr. Wagemann vom Reichstag, daß die landwirtschaftliche Produktion, indem er gegen die Zerrüttung in der Landwirtschaft, wenn auch verächtlich, Stellung nahm. Im Interesse der Arbeiter forderte er, daß mehr Brot und Kartoffeln konsumiert werden müssen. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist zu sehr gesunken, um landwirtschaftliche

ische Nebenprodukte (Butter, Milch, Käse) aufzunehmen. In der weiteren Diskussion vertrat der Junfer p. Richtigheit die Forderung nach Anbaufrüchten. Diese wären für die Anbaufrüchte unumgänglich nötig.

Der Kreditkandal bei den Landwirtschaftsbanken

Am Mittwoch wurden bei der Enquete-Kommission über die Agrarische Wirtschaft der Reichstags, der Montanbank und anderer Banken die Sachverhalte über die Konten und Kreditlage der Landwirtschaftsbranche. Nach diesen Angaben hat die Landwirtschaft 3 Milliarden Mark Kredit erhalten. Die Konten geben von den Zentralbanken an die Landwirtschaft mit einem Zinssatz von 4 Prozent. Die Konten aber müssen einen Zinssatz von 13 bis 14 Prozent zahlen. Der Vertreter der preussischen Landwirtschaftlichen Zentralbank erklärte, daß normale Klein- und Mittelbetriebe von dem Kredit beteiligt seien. Allerdings ist gegen die Vorlesung die Beteiligung des Großbetriebes gestiegen. Auf die Frage des Genossen Alexander, ob nicht die Genossenschaftlichen der Groß- und Mittelbetriebe der Klein- und Mittelbetriebe, wie gewöhnlicher Kredit zu einem niedrigen Zinssatz erhalten, wie Genossenschaftlichen der Klein- und Mittelbetriebe, antwortete der Vorleser, daß die Kreditinstitute für die Groß- und Mittelbetriebe, da sie größere Sicherheiten bürten, billiger als die für die Klein- und Mittelbetriebe seien.

Eine äußerst wichtige Mitteilung machte der demokratische Bauernführer de Wente, daß die Klein- und Mittelbauern nicht nur 13 oder 14 Prozent Zinsen, sondern im Durchschnitt mit 18 und mehr noch die Zinsen zahlen müßten. Die Kleinbauern seien gewinnlos, derartige Überberechnung zu zahlen, weil sie von den Banken der Genossenschaftlichen nichts erhielten.

In der Tagungssitzung der Enquete-Kommission gab es eine Sensation. Eine Tabelle des deutschen Landwirtschaftsministeriums, der Enquete-Kommission der Landwirtschaft seit dem Jahre 1914 nicht weiter genommen ist, sondern sich vergrößert hat. Dies lächerlich tendenziöse Nachwort wurde damit abgelehnt, daß festgestellt werden: Die Tabelle ist keine Grundlage für eine Diskussion. Der Präsident des Reichstages, Graf Koseritzky, versagte die Kritik der Enquete-Kommission zu geneigen und sprach die Beteiligung der Enquete-Kommission an der Tabelle an. Die Tabelle ist nicht weiter genommen. Der Herr Professor Koseritzky antwortete auf das Anrecht der Enquete-Kommission mit der Feststellung, daß Kredit überhaupt keine Rettung der Landwirtschaft bräuhet, denn mit den Krediten schneide sich heute der Kredit selbst den Hals ab. Er wandte sich gegen die Montanbankkonten, deren Geld man lieber bei verlässlichen Kreditinstituten legen sollte. Nicht die Preise, sondern die Produktivität sollte es zu erhöhen. Auf die Frage des Genossen Koseritzky, ob er also die höchsten Zölle für land- und forstwirtschaftlich untragbar halte, erwiderte er durchaus bejahend. Der Reichsminister für Getreide benötige vollkommen um ein Getreide in Deutschland zu ersetzen zu können. Der Reichsminister für Landwirtschaft, der auch die Zinsen, als er nach dieser Antwort auch noch auf die Frage des Genossen Koseritzky, ob nicht die Kredit der Junfer zum Teil daher stamme, daß sie ihre Inflationsgewinne in allerhand unproduktiven Sachwerten, Wertpapieren usw. anlegten, die sie heute nicht zu Kapital machen können oder wollen.

Der belgische Kollege hob, ein Staatsanwältler, sprach im Namen der linken Arbeiterpartei. Wir sind erfreut über die Fortschrittlichkeit, die der jetzige Kurier Revolution gemacht hat. Wir werden uns ein Beispiel nehmen an der Organisation Kurier Arbeiter und an Euren Wählern.

„Was für den Arbeiter!“

Die Kriegshege in Frankreich

Die französische Auswärtige Presse scheint vor Bolschewikentum förmlich wahnsinnig zu werden. So schreibt das „Echo de Paris“:

„Die einzige Waffe, die gegen die kommunistische Barbarei einen Sinn hat, ist die ihmern Gehege von den Panzertruppen englischer Kreuzer, die vor Kronstadt aufbrechen.“

Der „Gaulois“ freilich:

Die europäische Verhandlungspolitik ist heute nicht nur eine außerpolitische Angelegenheit. Gibt es denn keine weiseuropäische Politik gegen die bolschewistische Gehege, gegen die islamistische Gehege (Marokko), gegen die geistige Gehege (China).

Der „Figaro“ ruft zum „Kreuzzug der Vaterländer gegen den Bolschewismus“ auf.

Das Weltproletariat muß erkennen, wie groß die neue Kriegsgefahr und wie nahe sie ist. Wenn sich die Auswärtige international einigen zum Krieg gegen Sowjet-Rußland, so erwidern wir die Weltfront des Proletariats im Bündnis mit dem russischen Arbeiterkämpfer.

Der Befreiungskampf des Rifvolkes

(RIF), Paris, 11. Juli. Aus der Gemächlichkeit der am 10. Juli hier eingetroffenen Nachrichten über die Lage an der marokkanischen Front ergibt sich folgendes: Am Sonntag, den 11. Juli, sind die Kämpfe an der Rif-Front sich bei verschiedenen Stämmen. Diese Stämme sind unruhig geworden. In der Gegend von Taunat sind die Dillibanten durch Rifkontingente vertrieben worden. In Tagh elbi die Lage ziemlich ernst. Die Anis werden durch Propaganda stark bearbeitet. Der Teil, der zur Dillibantenschaft übergegangen ist, erfüllt die unterworfenen Teile an und reichte die Dörfer und die Ernte in Brand.

Die Vorteile Abd el Kerim sind im Ruten Wachen begriffen; er verlor, die französische Front zu durchbrechen und auf Fez vorzubringen. Die französischen Vorgesetzten der letzten Tage bringen nichts wesentlich Neues.

Die Konturrenz der Imperialisten untereinander

Während das ausländische Rifvolk einig und geschlossen seinen Befreiungskampf durchführt und dabei die einheitliche Unter-

Verbrüder! Euch!

Das französische Kommunistenblatt „Humanité“ bringt ein Bild, das einen Franzosen und einen Marokkaner zeigt, die sich im Kampf gegenseitig helfen haben und nun einer über dem anderen daliegen. Dazu die Worte:

Der Kapitalismus verbrüder! Euch im Tode!

Verbrüder! Euch im Leben!

Gegenüber der verbrüderlichen Kriegshege der Sozialdemokraten und Imperialisten alle Länder ist dies eine ernste Mahnung an alle Arbeiter und Bauern:

„Lacht Euch nicht wieder verbrüder! Verbrüder! Euch gegen den Krieg!“

Die proletarische Lösung heißt:

Nieder mit Garantepakt und Abwehrband, denn sie bedeuten Krieg!

Bündnis mit Sowjet-Rußland und proletarische Weltkämpferfront. Dies bringt uns den Sieg!

hülfe der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt findet, können die verbrüderlichen Imperialisten miteinander nicht ins Reine kommen. Zwar ist nach London hin und her (Spanien fürchte, für sein Engagement an Frankreich von England Rippenstücke zu bekommen) das französisch-spanische Abkommen abgeschlossen worden, aber dafür ist es auch entsprechend mager ausgefallen. (Einsparungen liegen noch nicht vor.)

Und schließlich erklärt England für und deutlich seine Neutralität, den heißt keine Scheubredere über die französischen Niederlagen. Heute meldet Reuters, das offizielle Sprachrohr der englischen Regierung, daß die britische Antwort auf das spanische Erwidern um Intervention in Marokko lahmgelegt, daß die britische Regierung die Absicht zu unternehmen wünsche, die als Krieg der Weltkämpfer der Zentrumzone ausgerufen werden könnte. Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß die Langensone sich in irgendwelcher unmittelbaren Gefahr befinde.

Japanischer Spionekund gegen den Kommunismus

III. Tokio, 11. Juli.

Die politische Polizei hat von der Regierung eine Anweisung empfangen von 300 000 Yen gefordert, um einen Spezialdienst zur Kontrolle der bolschewistischen Propaganda einzurichten.

Aufbelegungstruppen nach Marokko

III. Paris, 13. Juli.

Augenblicklich sollen sich in Marokko 190 000 reguläre Truppen befinden, die sich auf eine Front von 2000 Kilometern verteilen. Die Streitkräfte genügen aber nicht für den Ernst der Lage. Es werden noch 20 000 Mann gefordert, die sich aus den Truppen, die augenblicklich das Aufbelegungsgebiet belegen, zusammenziehen werden.

Zum Bergwerkskonflikt in England

III. London, 13. Juli.

Der Präsident der Bergwerksbesitzervereinerung hat sich den Wählern zufolge bereit erklärt, den Bergwerksbesitzern anzuschließen, daß sie ihre, den Arbeitern für unannehmbar erklärten Beschlüsse in Sachen des neuen Lohnabkommens zurückziehen und die Verhandlungen wieder aufnehmen.

In einer Rede in Sunderland sagte der Sekretär der Bergarbeitervereinerung: Ich werde die Arbeitergehilfe und die Regierung, es zu einem Konflikt kommen zu lassen, denn dieser würde von einem Ausmaß sein, wie im England noch nicht erlebt hat. Wenn es zum Kampfe kommt, werden wir mit vereinten Kräften kämpfen, denn wir wollen keine Gruben zerstören. Sie würden uns vielmehr noch mehr gefährden.

Streikämpfe in Glasgow

III. Berlin, 12. Juli.

Der „Montag“ meldet aus London: Bei der Feier des Dänischen Tages in Glasgow, an der etwa 40 000 Personen aus allen Teilen Irlands teilnahmen, kam es zu regelrechten Streikempfinden, denen die Polizei anlässlich machlos gegenüberstand. Jedoch gelang es ihr, mehrere Dörfer festzunehmen. Am Mittwoch wurden wieder mehr als hundert Personen am Mittwoch festgenommen. Am Donnerstag, in deren Verlauf ein Mann durch einen Revolverkugeln verletzt wurde. Obwohl diese Meldung nichts darüber befragt, welche Beweggründe diesen Streikempfinden zu Grunde liegen, wird man wohl nicht fehlgehen, daß es sich hierbei um nationalrevolutionäre Kämpfe Irlands gegen die englische Vormundschaft handelt.

Gewerkschaftsbewegung Eine Studienkommission der Bergarbeiter- internationale geht nach Rußland

In der Sitzung der Bergarbeiterinternationale, die am Montag in London stattfand, wurde endgültig die Zusammenlegung der nach Rußland zu entsendenden Studienkommission beschlossen. An der Kommission werden die Vertreter der englischen, deutschen, französischen und politischen Organisationen beteiligt. Auch die deutschen Vertreter (Sujemann, Limberg und Berger) hielten dem Beschluß zu.

In Deutschland erfolgen die Reformen, die am Montag die Arbeiterdelegationen, die nach Sowjet-Rußland entsandt werden. Durch schismatischen Terror, oft in offener Zusammenarbeit mit den Unternehmern, werden die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter an solchen Delegationen zu verhindern. Die Tatsache, daß sie auf internationalen Kongressen gewonnen sind, für Delegationen zu stimmen und an ihnen teilzunehmen, beweist den starken Einheitswillen der Bergarbeiter aller Länder.

Die deutschen Arbeiter müssen den ADBG-Kongreß in Breslau veranlassen, auch jenseitig eine Rußlanddelegation zu entsenden.

Sie müssen in allen Betrieben und Gewerkschaften dazu Stellung nehmen und ihre Willensfindung dem ADBG-Kongreß übermitteln.

Sie müssen aber gleichzeitig auch dafür sorgen, daß zum Kongreß Delegierte entsandt werden, die voll und ganz auf dem Boden der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit stehen.

Für die Gewerkschaftseinheit

Die Jahrestelle Wittenberg des Vorparlamentarierverbandes hat in ihrer letzten Mittagsversammlung beschlossen:

Der in Breslau stattfindende Gewerkschaftskongreß wird aufgerufen, sich auf dem Boden der von den englischen und russischen Kongressen geforderten Gewerkschaftseinheit zu stellen. Die Versammlung wird der Arbeiterjugend, daß nur eine gescheiterte internationale Gewerkschaftsbewegung der Diktatur des Kapitals Einhalt gebieten kann. Die Initiative, die die englischen Kollegen in dieser Hinsicht entwickelt haben, ist aus Wärme zu begrüßen und mußte der selbstverständlichen Zustimmung aller sozialistischen Gewerkschaften wider sein.

Die Arbeiter der Berliner Gas- und Wasserwerke vor dem Kampf!

Sonnabendvormittag haben die Arbeiter der Berliner städtischen Gaswerke vorübergehend die Arbeit eingestellt. Neben einer an der Arbeitseinstellung. Nach etwa sechs Stunden paßte der Aktion wurde auf Grund von Vereinbarungen zwischen Direktion und Verbandsleitung die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen. Doch wurde von den Oblieten einstimmig die Forderung gestellt, das Angebot der Direktion (2 Wochentage Lohnunterstützung bis zum 1. September) abzulehnen und der Streik als einseitig zu empfinden. Die Unabkündigung am Freitag Montag und Dienstagvormittag statt, Dienstnachmittags findet eine Funktionärerversammlung zu dem Ergebnis der Unabkündigung Stellung.

Die Döhmanschwäger vom Industrieverband und die Larnow drohen mit der Spaltung des ADBG.

In der letzten Sitzung des Bundesauschusses des ADBG, sollte eine endgültige Stellungnahme zu den vorliegenden Organisationsfragen gefunden - 3. das Kommerzialamt der verschiedenen Sitzungen der Arbeiterkammer abgeschlossen werden. Döhmans hatte im Namen des ADBG, eine Entschließung eingebracht, die seinen alten Standpunkt betrafte und die Gewerkschaften aufwies, mit allen Mitteln - in absehbarer Zeit, möglichst aber bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß - Industrieverbände zu vernichten.

Er sprach im Namen des Bundesverbandes selbst diesen letzten Bescheid, er ließ nicht zu, daß die Arbeiterorganisation, die er feindselig für die Vertriebsorganisationen. Das heißt der ADBG-Vorstand hat gegen den Zusammenbruch mehrerer Berufsverbände nichts einzuwenden (für aber auch nichts dazu, wenigstens ihn zu vernichten), will aber am jeden Preis eine entscheidende Einigungnahme der Betriebsarbeiter und ihrer Organe, der Betriebsräte und Betriebsvereine auf die Gewerkschaftsleitung unmöglich machen. Wie wissen, warum!

Larnow ging namens von 18 umseitigen Heftchen auf dem alten Wege der Drohungen weiter. Offen und unheimlich droht er dem ADBG, mit der Spaltung, wenn er sich nicht dem Diktat der Winderheiler füllen will. Wir geben die Erklärung vollständig wieder, weil sie allen Arbeitern die Augen darüber öffnen muß, wie gefährlich es die Reformen mit ihren Neben- und Nebenwirkungen sind, und "Unterwerfung unter den Mehrheitswillen" meinen. Sie lautet:

"Die unterzeichneten Vertreter von Berufs- und Industrieverbänden legen die schärfste Verwahrung gegen den Beschluß ein, durch einen etwaigen Mehrheitsbeschluß zustande, dem Bund angeschlossene Verbände gegen ihren Willen zur Preisgabe ihrer Existenz oder zur Zurückziehung ihrer Mitgliedschaften zwingen zu wollen. Sie lehnen die Zusammenlegung ab, die einem solchen Beschluß Vorläufer leisten könnte, wogegen der vom Bundesvorstand vorgelegte Vorlage in ihrer gegenwärtigen Form abgelehnt werden muß."

Der Zusammenbruch der Verbände im Bund ist freiwillig in der Annahme und unter der Zustimmung erfolgt, daß jede Organisation den Schutz des Bundes gegen Angriffe anderer Organisationen genießt. Jede selbstverständliche Voraussetzung für das Zusammengehen im Bund kann nicht militärisch, auch nicht durch Mehrheitsbeschluß, aufgehoben werden, ohne den Bund zu zerlegen. Wenn eine Minderheit von Verbänden, auch wenn sie eine Mehrheit der Mitglieder umschließt, sich zu dem Beschlusse vereinen wollte, die anderen Verbände zu belästigen und deren Gebiete unter sich aufzuteilen, so würde das ein ungewöhnlicher Bruch von Treu und Glauben und ein unerhörter Mißbrauch der Majorität. Sollte trotzdem der Gewerkschaftskongreß mit Mehrheit einen Beschluß fassen, der das Selbstbestimmungsrecht der Winderheilerverbände in der wichtigsten Lebensfrage aufhebt, so erklären die Unterzeichneten, daß sie ihren Verbandsinhalten die Frage vorlegen müßten, ob die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zum Bund noch weiterhin als gegeben angesehen werden können."

Larnow (Vollred.): Wenz (Fabrikant), Steine (Maler); Müller (Steinbau); Schulz (Textilfabr.); Friedländer (Wettber); Bulch (Gärtner); Heiß (Kupferindustrie); Müller (Verarbeit.); Wilm (Sattler); Gensel (Fleischer); Glaser (Eisenbau); Diermeier (Nahrungsmittelabf.); Lorenz (Fleischer); Klebe (Waldmeister); Böhrke (Landarb.); Meißel (Befehlshaber); Schönfelder (Zimmerer).

Die Vertreter des ADBG, des Bauergewerksverbandes, der Textil-, Berg- und Gemeindefabrikanten, der Eisenbahner, der Buchbinder, Lithographen, Schuharbeiter sowie der Filmgewerkschaft antworteten mit einer sehr schamhaften Protesterklärung gegen diese offene Drohung. Sobald die Diskussion auf die Organisationsfrage überging, weigerte sich jede einzelne dieser Organisationen, Teile ihres bisherigen Organisationsbestandes abzugeben, um die Bildung von Industrieverbänden zu ermöglichen.

Breg von den Fabrikarbeitern bezeichnete die Erklärung Larnows als eine Warnung - nicht etwa vor dem in ihr autorisierten Spaltungsbeschlusse, sondern vor dem gefährlichen "Radikalismus" Döhmans, der die Einheit des ADBG gefährde. Heute noch 1922 Sinn gehabt, als man an die Sozialisierung dachte (!), aber heute nicht mehr (daran, daß gerade durch das "Vorhandensein" der Industrieverbände der Sieg der Reaktion erleichtert wurde, denkt Breg natürlich nicht). Im übrigen denke der Fabrikarbeitersverband nicht daran, von seinem jetzigen Organisationsbestand etwas abzugeben, um die Industrieverbände zu ermöglichen!

Den offenen Gegnern der Industrieverbände wußte durch dieses Verhalten ihrer "Anführer" natürlich der Komm. Larnow jedoch offen, daß in dem Bundesrat des ADBG, der Schutz der bestehenden Gewerkschaften, also die Verhinderung ihrer Umwandlung in Industrieverbände, aufgenommen würde. Der Vertreter der Winderheiler ging soweit, ganz offen zu erklären, daß sie gar nicht daran denken, die Industrieverbände in den Verband aufzunehmen - das sei mit dem Standesbewußtsein ihrer Kollegen unvereinbar (!).

Die ganze Debatte hatte nur ein Ergebnis: Alle Beteiligten waren sich darüber einig, daß eine solche Debatte auf dem Breslauer Kongreß vermieden werden müsse, wenn nicht die Kraft der Organisation (das heißt das Bestehen der Reformen), schwer geschädigt werden sollte. Aber der Ausgangspunkt zu seinem anderen Ergebnis, als das:

Die Unerschlossenheit und Halbheit der Gruppe Döhmans klar zu Tage trat.

Sie erklärte sich nämlich bereit, die Sache "möglichst aber bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß" und "mit allen Mitteln" fallen zu lassen und auf dem Bundeskongress einen neuen angestrebten Verhandlung zu gewährleisten. Damit war natürlich die Richtung der Industrieverbände zu einem bloßen "frommen Wunsch" herabgedrückt.

Auf Grund dieses Unfalls hielt natürlich umso energischer die Gruppe Larnow an ihrem Standpunkt fest. Es kam zur Kampfabstimmung, wobei Döhmans mit 25 gegen 17 Stimmen in der Winderheiler blieb, während nach der Mehrheit der abstimmanden Verbände er eine Mehrheit von 26 gegen 19 (10000) Mitglieder (widerstand) erhielt. Demnach hätte also die "radikale" Richtung Döhmans Aussicht auf die Mehrheit auf dem Breslauer Kongreß. Sie wird sich hören, davon Gebrauch zu machen und schon rechtzeitig nur ihrer eigenen "Courage" das Halenparier entgegen. Denn was würde bei einem solchen Kampfe gegen die wirtsch. Streikführer, die Larnow und Konforten, aus der schönen Kommunistenbewegung werden?

Die Arbeiter in den Gewerkschaften aber müssen ihre Vertreter auf jener Hauptversammlung zur Rechenschaft ziehen!

Das Straßenbauergewerbe Mitteldeutschlands im Lohnkampf

Die Gaulteitung des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands (Streiktag) ...

Der Straßenbauerverband scheint nur einem gemäßigten Kampfe zu stehen. Die Steinunternehmer wollen ihren großen Krüben in der Industrie nicht nachgeben und provozieren einen Kampf herauf, der den allgemeinen Verkehr fast hindern dürfte. Auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse haben die Straßenbauarbeiter ihren Unternehmern Forderungen auf Lohn-erhöhung gestellt. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, hat sich der verträglichste eingeleitete Schlichtungsinstitut mit der Sache beschäftigt und nach längerer Verhandlung auch einen Schlichterspruch gefällt. Während die Arbeitnehmer in Mitteldeutschland den Schlichterspruch angenommen haben, lehnten ihn die Unternehmer ab.

Für die Straßenbauarbeiter kam die Ablehnung nicht unerwartet, denn der Unternehmerverband hatte ja schon vor der eigentlichen Abstimmung seiner Mitglieder die Ablehnung des Schlichterspruches angeklagt. Daß die Unternehmer einen Kampf unter allen Umständen haben wollten, geht weiterhin daraus hervor, daß vor einiger Zeit hinter mehreren Arbeitnehmern die feindselige Arbeitsverhältnisse gestellt hatten. Stiefkinder in form einer schmerzhaften Pötte gelandt wurden. Ein Unternehmerverband, welcher aber auch Mitglied des allgemeinen Arbeiterverbandes, hat sich dem Streikergewerbe in Mitteldeutschland ill, hatte schon vor sechs bis sieben Tagen an alle seine Mitglieder ein Rundschreiben geschickt, worin die aufgedroht wurden, ihre Arbeitsstelle zu einzurufen, daß mit Ablauf der bisherigen Lohnvereinbarung keine offenen Arbeitseinstellung nachherden, falls das dann die Stein- und Berufsgruppen mit ihren Verbindungen freieren könnten. Die Schmarndarfen dürften mit ihren Anordnungen schwerlich durchdringen, denn eine große Anzahl von Schlichterbetrieben erkennen die Schlichtersprüche glatt an und zahlen sie aus, ja teilweise ein ganzes Stütz darüber. Für den Straßenbauerverband kommt nunmehr nur Kleinhandwerker in Frage und diese sollten es sich recht überlegen, ob sie es tatsächlich auf einen großen Kampf ankommen lassen wollen. Sonst könnte es schon kommen, daß die bisherigen Arbeit, "nehmer" einfach selbst "Arbeit, geben" werden und damit manchen Unternehmern aus Trodne legen.

Einzelne der Unternehmer verbreiten geflüstert das Gerücht, daß sich die fiskalischen Bußverwaltungen auf ihrer Seite stellen wollen. An und für sich wäre auch das nichts Neues für die Arbeiter, denn anlässlich eines Lohnkampfes im Jahre 1911 hat sich manche fiskalische Baubehörde ganz offen auf Unternehmerseite gestellt, ohne daß deswegen den Arbeitern der Sieg kritisch gemindert werden konnte. Auf alle Fälle wird die Organisationsleitung die Bewegung aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls die Öffentlichkeit anrufen. Die Arbeitnehmer des Straßenbauwesens werden aufgefordert, soweit sie nicht selbst am Kampfe beteiligt sind, jede Streikarbeit abzulehnen. Alle zu unternehmenden Schritte dürfen nur im Einverständnis mit der Organisationsleitung geschehen. Wabst Solidarität und halbe Lust bereit, wenn ihr gewiesen werden. Von der bisherigen Arbeitseinstellung erwarten die im Kampf stehenden Straßenbauarbeiter Solidarität und Mithing aller im Streit befindlichen Steinergewerkschaften.

Jugendkonferenz des ADBG. in Hamburg

am 7. und 8. August

Nach drei Jahren bequemt sich das Jugendsekretariat des ADBG, am 7. und 8. August eine Konferenz zur Befreiung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zu berufen. Die Tagesordnung, wie gewöhnlich fülle und beladen, ist folgende:

- 1. Umfange Jugendarbeit seit dem Leipziger Kongreß.
- 2. Jugend und Beruf, Referent Meißel.
- 3. Gewerkschaften und Berufsschule, Referent Kose.
- 4. Das kommende Berufsausbildungsgesetz, Referent Zimm und Jülle.

Diese Tagesordnung ist geradezu eine Proklamation für die über- stolze Mehrheit der Dreimillionenarmee beruflicher Jungarbeiter. In einer Zeit, wo in allen Ländern die Jugendlichen als Lohnbrüder langjahren, wo nicht ein Teil der primitivsten Forderungen der Kaffeler und Leipziger Jugendkongresse anerkannt und erfüllt ist, wo durch die verächtliche Haltung des Arbeitseinstellungsrechtes, - wo in Marokko und China, im Garantiezeit die ersten Flammenscheidungen neuer Kriege ausbrechen, - wo die internationale Gewerkschaftsleiter brennende Tagesfrage für die beeng- ten kriegsbedrohte Arbeiterjugend ist, - da können sich die Winderheiler trübselig-Bühler hin und traurigen "offenheitlich" einige politische Forderungen in der heutigen Zeit der Befreiung der Arbeiterjugend noch weniger vernünftig werden können wie die schon seit 1918 unerfüllt gebliebenen Forderungen zum geistlichen Schutz der Jugend gegen Ausbeutung. Ist denn tatsächlich alles alles getan worden, um wenigstens die Forderung des Winderheiler Gewerkschaftsverbandes zur Jugendfrage in die Tat umzusetzen? Was ist denn vom ADBG getan worden, um die Forderungen zum Kaffel und Leipzig zu verwirklichen? Wie a. B. folgendes:

1. Die geistlichen Jugendbildungsvereine, die sich auf die Arbeitseinstellung, Schulen, Mittelschule, Sonntagsschule, das Verbot der Nachtarbeit und die Befreiung zum Jugendurlaub in allen besonders gefährdeten Betrieben und Künsten bis zum 18. Lebensjahre in jede Befähigung in Gewerbe- und Handelsbetrieben zu verbieten.

2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Jugendlichen sind durch Tarifverträge zu regeln.

3. Einsetzung des sechshündigen Arbeitstages für die erwerbsfähige Jugend bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. Beseitigung von Überforderungen des schulpflichtigen Jugendlichen und Jugendlichen in der regelmäßigen Arbeitseinstellung. Freier Sonntagsnachmittag, insgesamt nicht über 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche."

Woh, die starken Gewerkschaften, gegen die sich nach Leipzig keine Regierung halten konnten, der famole "Rechtsstaat", sie haben seit 1918 noch keine Tag gefunden, solche primitive Forderungen durchzuführen. Andere, nämlich die Gewerkschaften, die sich für die Arbeiterjugend noch so oft die Mühe in der Hand.

Was haben sie für die Jugend getan?

Sie haben 2 Befreiungen mit den wackelnden Ministern gehabt, nach Ausbreitung der Jugendkongresse, die dann ohne große Aufmerksamkeit im Reichstag verabschiedet sind. Auf der Leipziger Konferenz lagte Meißel im Namen des ADBG, sich nicht am Anfang seines Referates: daß Reichstages Mandatfragen sind. Warum haben die mächtigen Gewerkschaften nicht danach gehandelt? Diese Fragen muß jeder junge Arbeiter der Hamburger Jugendkongresse stellen. Dabei darf er nicht vergessen, daß Millionen seiner Arbeitsbrüder drüben in Rußland, in der Türkei und über Schottland, die gleiche Arbeitseinstellung, insoweit nicht über 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche."

Was der russische Jugend hat den Vierundzwanzig bis zum 16. Lebensjahre, den Sechshündigen bis zum 18. Lebensjahre und darüber den freien Schichttag geistlich geführt. Dazu eine Arbeiterjugend, die über Schottland, die gleiche Arbeitseinstellung, insoweit nicht über 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche."

Was der russische Jugend hat, müssen auch wir uns erkämpfen.

Denn aber müssen wir den ADBG fragen, was denn seine erste Forderung war, nicht nur, sondern was seine eigene Minimalforderungen zu vernünftigen, Reichstages Mandatfragen. Wie sich die SPD-Botschaft zum Jugenddebatte hiernach richtet, zeigt ein Artikel über Ferien im "Arbeiterwart" vom 24. Juni. Da wird festgestellt, daß die zeitliche Regelung der Ferien gebietet wurde durch den festgestellten Rücktritt mancher Kräfte des Unternehmerrates. Warum die Arbeiter der Unternehmer und die Macht der Gewerkschaften nach 1918 zur geistlichen Regelung der Ferien- und Arbeitsverhältnisse für die Jugendlichen auszuweichen, stellen sich diese Leute hin und bebauern die "Unvernunft", den "sozialpolitischen Rücktritt" der Ausbeuter.

Die gewerkschaftliche Jugend muß sich demgegenüber innerhalb des ADBG, durch die Organisierung einer Jugendmassenbewegung den gebührenden Einfluß verschaffen, um die Interessen der Jugendlichen in den Gewerkschaften, außer der Jugenddelegationen auf die Betriebs- führung der Lohnbrüderrolle der Jugendlichen sein Ende finden.

Darum müssen alle jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder folgendes von der Konferenz in Hamburg verlangen:

Organisierung einer großen Werbekampagne unter den Jungarbeitern für die Gewerkschaften. Hierzu Betriebsvereine am Arbeitsplatz mit der Wahl von Jugendkongressen in den Gewerkschaften. Außer der Jugenddelegationen auf die Betriebs- kampfe für Gleichberechtigung der Jugend mit den Erwachsenen und ihre Vertretung im Betriebsrat. Verfilmungslampagne zur Aufklärung der Jugend über die drohenden Gefahren des Krieges, des Arbeitslosigkeit und über die Notwendigkeit der internationalen Gewerkschafts- einigkeit. Entwurf eines Kampfsprogramms zur Durchführung der Kaffeler und Leipziger Forderungen.

So müßte eigentlich die Tagesordnung der Hamburger Konferenz aussehen. Dann wäre eine Voraussetzung für einen erfolgreicheren Kampf der Arbeiterjugend als bisher geschehen.

Ende des Leipziger Metallarbeiterstreits

Leipzig. Der Streik der Metallarbeiter ist angeblich beendet. Die Unabkündigung in den Betrieben ergab 13000 Einheiten für den Streik und 8000 für die Arbeitsaufnahme bei 400 Stimmhaltungen. Die für die Weiterführung des Streits erforderliche Dreizehntelmehrheit ist also nicht erreicht. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Achtung, Werberberger Bauarbeiter!

Nachdem der Maschinenselbst der Unternehmer am heutigen Tage durchgeföhrt werden soll, sind von den Kollegen folgende Maßnahmen zu beachten: Sie nicht ausgeperrte Kollegen arbeiten vorläufig bis zur Bekanntheit von anderen Maßnahmen der Zeitung weiter.

Die Kollegen, welche am Montagabend ausgeperrt werden, haben sich sofort im Bureau oder bei den Zahlstellenverordnungen am Dienstagmorgen zu melden. Für alle ausgeperrten Kollegen ist am Montagvormittag 11 Uhr Versammlung in der "Hafenburg", dort werden die Karten ausgegeben und haben die Kollegen unbedingt zu erscheinen. Die Funktionäre werden ersucht, diese Maßnahmen den Kollegen zu unterbreiten.

Baugewerkschaft Werberg.

Fabrikarbeiter, verfolgt Euren Verbandstag!

